



schriftliche Antwort zur Anfrage-Nr. VII-F-07944-AW-01

Status: öffentlich

Eingereicht von:
Dezernat Umwelt, Klima, Ordnung und Sport

Betreff:
**Sachstand: Bewerbung für eine Internationale Bauausstellung (IBA),
Bundesgartenschau (BUGA) bzw. Internationale Gartenbauausstellung
(IGA)**

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten): Gremium	Voraussichtlicher Sitzungstermin	Zuständigkeit
Ratsversammlung	14.12.2022	schriftliche Beantwortung

Fragen:

1. Welche Rahmenbedingungen und potenziellen Flächen konnte die Stadtverwaltung als Grundlage für eine Bewerbung um eine Internationale Bauausstellung (IBA) und/oder eine Bundesgartenschau (BUGA) bzw. eine Internationale Gartenbauausstellung (IGA) im Zeitraum 2031 bis 2037 ermitteln?
2. Welche Möglichkeiten der Finanzierung einer Internationalen Bauausstellung (IBA), Bundesgartenschau (BUGA), Internationalen Gartenbauausstellung (IGA) in Leipzig wurden durch die Stadtverwaltung identifiziert?
3. Wird sich die Stadt Leipzig für die Ausrichtung einer Internationalen Bauausstellung (IBA) und/oder einer Bundesgartenschau (BUGA) bzw. einer Internationalen Gartenbauausstellung (IGA) im Zeitraum 2031 bis 2037 bewerben? Wenn ja, wann wird dem Leipziger Stadtrat eine entsprechende Zeitschiene mit Handlungsempfehlungen vorgelegt? Wenn nein, warum nicht?

Antworten auf die Fragen 1 bis 3:

Die Stadtverwaltung steht mit der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft in Kontakt und hat bereits konstruktive Gespräche über die Formate Bundesgartenschau (BUGA) und Internationale Gartenbauausstellung (IBA) geführt. Welche Rahmenbedingungen einschließlich einer möglichen Flächenkulisse oder welche Finanzierungsmöglichkeiten in Frage kommen, kann derzeit noch nicht beantwortet werden. Dementsprechend können derzeit auch noch keine Aussagen zu einem möglichen Bewerbungsverfahren getroffen werden.

Bekannt ist, dass die Landeshauptstadt Dresden intensiv die Bewerbung für 2033 prüft und der Geschäftsführer der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft dieses Ansinnen auch medial positiv begleitet. Ebenso sind Arbeitsgespräche der Stadtverwaltung mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesbehörden zu bewerten. Ende 2023 will Dresden die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie der Öffentlichkeit vorstellen.